Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

29.09.1986 - Drucksache 11/724

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/724
29. 09. 86

Antrag der Fraktion der CDU

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Vorgängen um die Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen auf 7 Mitgliedern und 7 Stellvertretern bestehenden Untersuchungsausschuß ein mit dem Auftrag, die Vorgänge um die Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Bremen (NH) und die damit im Zusammenhang stehende politische und rechtliche Verantwortlichkeit des Senats zu ermitteln und über das Ergebnis der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Insbesondere sind zu untersuchen:

— Verstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und die in diesem Zusammenhang getroffenen oder unterlassenen Maßnahmen des Senats,

— die Ursachen und Auswirkungen der Unterkapitalisierung sowie der ständige Anstieg der Betriebsmittelkredite der NH Bremen,

— der Erwerb eigener Anteile von der Muttergesellschaft Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Hamburg, und etwaige weitere Vermögensverschiebungen der NH Bremen zugunsten anderer dem DGB gehörenden Gesellschaften,

— die Umstände und Folgen sowie die Rechtmäßigkeit der Veräußerung von ca. 8000 Wohnungen an die BG-Immobiliengesellschaft mbH, Frankfurt,

— Auswirkungen der Veräußerung des Konzerns Neue Heimat Hamburg an den Fabrikanten Schiesser auf die NH Bremen und ihre Mieter,

— das Scheitern der Regionalisierungsbemühungen des Senats,

— Schädigungen der Mieter durch ungerechtfertigte Kosten und nicht weitergegebene Preisvorteile,

— der Vorwurf der Manipulation bei der Finanzierung von Eigenheimen in Leherheide-Ost in Bremerhaven,

— die Spenden an den „Verein zur Förderung der Volksbildung und Völkerverständigung" mit Sitz in Bremerhaven,

— Art und Umfang des finanziellen Engagements Bremens und der damit zusammenhängenden Risiken.

Darüber hinaus wird der Untersuchungsausschuß beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, welche Konsequenzen Bürgerschaft (Landtag) und Senat aus den Ermittlungsergebnissen des Ausschusses im Interesse der Sozialmieter ziehen sollen.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen